

Deutscher Reichstag.

(167. Sitzung.) C. B. Berlin, 10. Februar.

Die gestern nach der Kanzlerrede auf heute vertagte Aussprache über den Eisenbahnerstreik wurde eingeleitet mit einer Rede des zuständigen Reichsverkehrsministers. Nach ihm werden die Parteiführer zu Wort kommen.

Verkehrsminister Groener über den Streik.

Der Minister betonte, Staatsbeamte, die gegen ihren Dienstverpflichtung und die Arbeit verweigern, machen sich eines Dienstvergehens schuldig. Darüber habe ich die Beamten meiner Verwaltung niemals im Zweifel gelassen. Den im Dienst gebliebenen Beamten, Arbeitern und Kollektoren gebührt voller Dank. (Beifall bei der Mehrheit.) Den Opfern an Leben und Gesundheit, die in letzter Stunde dem Streik zum Opfer fielen, gebührt Ehre und Dankbarkeit. Eine Zurückziehung des Referentenentwurfs zum Arbeitszeitgesetz ist gegenstandslos geworden, weil eine endgültige Entscheidung überhaupt noch nicht vorlag. Unrichtig ist es, daß mit diesem Gesetz ein Ausnahmefall für Eisenbahner geschaffen werden sollte. Jeder Industriearbeiter muß acht Stunden täglich angestrengt arbeiten. Bei den Eisenbahnen aber ist ein großer Teil der Dienstzeit Bereitschaftsdienst. Eine reiblose Abrechnung des Bereitschaftsdienstes als Dienstleistung lediglich, weil die Betreffenden nicht zu Hause sein können, ist nicht möglich.

Der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes

beabsichtigt nichts anderes, als dieses offensichtliche Unrecht zu verhindern und zu beseitigen. Keine Willkür soll herrschen, sondern nur Recht und Gerechtigkeit.

Jeder in ein Disziplinarverfahren verwickelte Beamte kommt vor seinen ordnungsmäßigen Richter und kann seine Sache in zwei Instanzen selbst vertreten, ebenso der Unabkömmliche Beamte. Vorgegangen wird nur gegen Streikführer oder solche, die Sabotage verübt haben u. dergl. Bereits erlassene Streikverbote werden nicht wieder eingeleitet. Solche, die nicht als Urheber anzusehen sind, können wieder beschäftigt werden.

Leider sind vielfach Anschläge gegen die Sicherheit des Betriebes erfolgt. Handgranatenschläge sind dagewesen, (Hört, hört! von rechts.) Schienen wurden auf die Gleise gelegt, Maschinen mit den Buffern ineinandergeschoben, Personenzüge zum Engstellen zu bringen versucht. (Hört, hört! bei der Mehrheit.) Gleich nach Beginn des Streiks waren bereits 3000 Arbeiter in Tätigkeit. Das nichtstreikende Personal eines Bezirks versprach, den Betrieb durchzuführen, um die Technische Reichshilfe auszusprechen. Dieses Versprechen ist aber nicht gehalten worden. (Hört, hört!) Einzelne Landesregierungen haben ebenfalls das Bestreben, die Technische Reichshilfe auszusprechen. (Stürmisches „Hört, hört!“ verbunden mit dem Ruf „Woh!“) Für die Zukunft ist es erforderlich, daß die gesamte Beamtenschaft sich einigt in das Gefühl der engsten Verbundenheit mit dem Staat. (Beifall bei der Mehrheit.)

Zwei Mißtrauensentwürfe

Präsident Eberle teilt mit, daß zwei Entwürfe eingegangen sind. Die unabhängigen beantragen, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen. Die Ausnahmeverordnung habe das Beamtensstreikrecht aufgehoben, den Achtsundentag angeordnet, ferner habe die Regierung Verhandlungen mit den Streikenden abgelehnt und Maßregelungen vorgenommen. Die Kommunisten beantragen, die mit Beschlag belegten Streik- und Gewerkschaftsgelder sofort freizugeben, die Verhaftungen sofort aufzuheben und bei der Landesregierung dahin zu wirken, daß die Maßregelungen beim Berliner Magistrat rückgängig gemacht werden. (Lachen bei der Mehrheit.)

Die Aussprache der Parteien.

Abg. Weis (Soz.): Die Technische Reichshilfe hat wieder einmal ihre Besondereberechtigung bewiesen. Sicherlich ist die Technische Reichshilfe ein Faktor, der zur Beunruhigung der Arbeiterschaft beiträgt. Aber durch das ungebührliche Verhalten der Streikenden ist der Kampf um völlige Befreiung der Technischen Reichshilfe nur erschwert worden. Den Ausführungen des Reichskanzlers stimmen wir voll und ganz zu. Der Streik der Eisenbahner hat Deutschland materiell durch Forderung von Millionenwerten und auch moralisch schwer geschädigt. Allerdings ist anzuerkennen, daß in der Befolgungsbewahrung soziale Gesichtspunkte sich durchsetzen müssen. Die Erklärung des Reichsverkehrsministers, daß der Achtsundentag nicht angesetzt werden soll, begrüßen wir mit Anerkennung. Wir wollen diese herrliche Erregung der Revolution nicht jermünzern lassen. (Lachen rechts.) Auch die Streikführer sind damit einverstanden, daß ein Unterschied zwischen Arbeitsleistung und Arbeitsbereitschaft eintritt. Weiter führte der Redner aus, daß unter den Streikenden sich viele deutschnationale

befunden hätten und daß in der Arbeiterschaft das Gerücht verbreitet gewesen sei, der Streik werde von gegenrevolutionärer Seite geführt und Kapp und Oberst Bauer befänden sich schon wieder im Lande. (Lachen rechts.) Des Weiteren sagte der Redner anerkennend, daß ein Streikrecht mit dem Vorrangrecht der Beamten unvereinbar wäre. Ein gewisses Vorkörrecht müsse freilich auch den Beamten gewährt werden. Hier riefen die Kommunisten dem Redner zu: „Kapp-Putsch“. Da zu bemerken der Redner, der von der deutschnationalen Presse gebrauchte Vergleich ist ganz unzulässig. Beim Kapp-Putsch haben die Beamten den blutigen Handschwestern den Dienst verweigert, aber nicht der rechtmäßigen Regierung. Der Redner schloß mit der Erklärung, die Weimarer Verfassung billige den Beamten das Koalitionsrecht, keineswegs aber das Streikrecht.

Kur Arbeit und Disziplin können Deutschland retten.

Abg. Dr. Goetze (Zentrum) begann seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß sein Freund Erving den Eisenbahnerstreik mit vollem Recht als ein Verbrechen gekennzeichnet habe. Die Leitung der Reichsgewerkschaft habe bei der Verkündung des Streiks die Satzungen und alle gewerkschaftlichen Grundsätze verletzt. Die Zentrumsfraktion schließt sich dem Standpunkt des Reichskanzlers rundweg an. Eine Ergänzung des Beamtensrechts wäre zweckmäßig, um die Unmöglichkeit eines Streikrechtes der Beamten klar festzustellen. Der Streik bilde vielmehr auch für die Beamtensorganisationen die Veranlassung, sich über diese Frage reiflich klar zu werden. Die Haltung der Beamten beim Kapp-Putsch kann mit dem jetzigen Eisenbahnerstreik unmöglich verglichen werden. Damals hatten die Beamten ihre Pflicht erfüllt, die Verfassung zu schützen. Ferner wies der Redner die Behauptung zurück, daß die streikenden Eisenbahner einen Sieg errungen hätten oder daß die Regierung sich schuldig gemacht habe. Die Regierung habe den Streikenden keine Angehörigkeiten gemacht. Wir sind gegen den Antrag, der den Streikenden volle Amnestie gewähren will. Wir stellen uns auf den Boden der Reichslisten des Kabinetts. Dem Dank an die Technische Reichshilfe schließen wir uns an.

Abg. Berndt (Deutschn.) erklärte, der Streik der Eisenbahner wäre ebenso wie der Streik der Berliner städtischen Arbeiter ein frechhaftes Verbrechen. Die Frechheitsbestrafung der Landwirte ist durch den Eisenbahnerstreik gefährdet worden. Die streikenden Berliner Gemeindeführer sind mit ausgefuchter Niedertracht darauf ausgegangen, die Leiden der armen Berliner Bevölkerung zu steigern. (Lärm bei den Kommunisten.) Der Verurteilung des Streiks durch den Reichskanzler schließen wir uns an. Seine grundsätzliche Ablehnung eines Streikrechtes der Beamten hat uns freudig überrascht. Das waren ganz deutschnationale Töne. (Heiterkeit bei den Kommunisten.) Der Abg. Adolf Hoffmann rief dem Redner zu: „In den Armen liegen sich beide.“ Wir hoffen, daß die Regierung und der Kanzler auch weiter unseren Spuren folgen werden. Ein Beamtensstreikrecht darf es unter keinen Umständen geben. Die Regierung und namentlich die in ihr vertretenen Sozialdemokraten tragen aber teilweise die moralische Mitschuld an dem Ausbruch des Streiks. Warum hat es unter der alten monarchistischen Herrschaft niemals einen Beamtensstreik gegeben? Heute ist vielfach krasser Egoismus an die Stelle der Staatsgesinnung getreten, infolge der sozialen gewerkschaftlichen Erziehung.

Im monarchistischen Deutschland

hat die Sozialdemokratie dem Beamtensstreik das Streikrecht gepredigt. Nach der Revolution ist es ebenso geblieben. (Lärm und Widerspruch bei den Soz.) Das Verhalten der Regierung beim Kapp-Putsch hätte die Beamten verwirren. Der erste Beamtensstreik wurde im März 1920 durch den damaligen Minister des Innern noch veranlaßt. (Beifall bei der Mehrheit.) Weiter betonte der Redner, daß die Regierung an dem Streik mitschuldig ist. Leider hat der Streik mit einem Kompromiß geendet, also mit dem Verzicht der Schwäche der Regierung. Der Reichskanzler ist glatt umgefallen und hat zuerst indirekt, dann direkt mit den Vertretern der Reichsgewerkschaft verhandelt. Von einer sozialistisch beeinflussten Regierung kann niemals eine Befreiung der Verhältnisse erwartet werden. (Beifall rechts.)

Vizepräsident Dr. Dietrich erteilt wegen eines kommunistischen Zwischenrufes in Bezug auf den Abg. Berndt, „Der Redner solle sein freches Maul nicht so weit aufreißen“, nachträglich eine Ordnungsmaßnahme.

Abg. Dr. Scholz (Deutsche Volksp.) leitete seine Ausführungen mit dem Bemerkten ein, daß der Reichskanzler seine diplomatischen Fähigkeiten dadurch bewiesen habe, daß er die Worte benutzte, um die Gehänsen zu verästelern. Die Worte des Kanzlers fanden im Widerspruch zu seinen Taten. Dieser Widerspruch ist zu dem für Deutschland gefährlichsten Zeitpunkt veranschaulicht worden. Seine Entwicklung zeigt deutlich, daß die Triebfeder nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Gründe waren. Es ist tief bedauerlich, daß im Berliner Streik nicht vor den drohenden Lebensnotwendigkeiten der

Warter und Kinder halt gemacht wurde. Ich habe nicht an den von sozialistischer Seite

so gern gebrauchten Ausdruck „Mörder“

auf die Leute anzuwenden, die solchen Streik anstellen. (Stürmischer Beifall rechts.) Dank gebührt dem Berliner Magistrat für seine Reifigkeit. Leider kann man diesen Dank nicht auf die Reichsregierung ausdehnen. (Rufe bei den Kommunisten: „Oberschermader!“) Die aus dem Ruhebedürfnis der Regierung geborene Verdrängung des Streiks kann nur zu weiteren Streiks anreizen. Die jetzt aufgehobene Verordnung des Reichspräsidenten war eine Selbstverleumdung. Wir bedauern, daß sie in einem Augenblick aufgehoben wurde, in dem der Streik noch nicht vollständig beendet war. Ein Streikrecht besteht weder für Beamte noch für Arbeiter. Für die harten Worte, mit denen der Reichskanzler den Streik verurteilt hat, sprechen wir ihm Anerkennung aus. Aber diese Worte sind mit seinen Taten nicht zu vereinbaren. Er hat mit der Streikleitung verhandelt und hat kommunistische Blätter nicht verboten. Weiter sprach der Redner der Technischen Reichshilfe seinen herzlichsten Dank aus. Aber die Vorbereitungen für die Einlegung dieser Reichshilfe seien unzureichend gewesen. Das Einlegen der Reichshilfe muß rechtsgültig bewirkt werden, damit nicht Landesregierungen sich weigern können, die Reichshilfe einzusetzen zu lassen.

Der Reichskanzler Dr. Wirth wendete sich nun besonders gegen Ausführungen der beiden Redner der Rechten. Dann wandte sich der Reichskanzler gegen die äußerste Linke, indem er mit Beziehung auf den Berliner Streik hervorhob, daß Unternehmen, Tausender von Einwohnern nicht nur in den Pöbeln, sondern auch in den Hütten ins Elend zu bringen, müsse ein für allemal unmöglich gemacht werden. Der Reichskanzler betonte an, daß die Technische Reichshilfe ausgebaut werden müsse.

Politisches Drum und Dran.

Von unserem ständigen Mitarbeiter

Berlin, 10. Februar.

Nach großen Erschütterungen tritt selten sofort völlige Ruhe ein. Eine nachzitternde Wellenbewegung bleibt noch einige Zeit bestehen, die mitunter seltsam gekrümmte Figuren zutage bringt. Kein Wunder, daß es nach dem schweren Stoß, den der Eisenbahnerstreik dem Gebäude der deutschen Politik versetzt, besonders in den Fugen des Parteigerüsts Knack und Knirscht. Da ergibt sich in den Wandlungen des Reichstages vielerlei Drum und Dran zu den hauptsächlichsten Vorgängen, und nicht immer wird sofort klar, welche von den kleinen Wellen sofort wieder verebben und welche sich auf die Dauer als tragfähig erweisen. Jetzt spricht man von Bestrebungen, die große Koalition wieder ein Schritt weiter an ihre Verwirklichung heranzubringen, aber sofort wird der Widerspruch laut, daß vor der endgültigen Erledigung der Stenoverlagen eine engere Gruppierung und Zusammenfassung der Parteien nicht möglich sei. Der Verkehrsminister Groener und der Finanzminister Dermes saßen vor kurzem noch nicht allzu weit auf ihren Ministerstühlen. Jetzt hat ihre verhältnismäßig klare und feste Haltung während des Streiks bewirkt, daß auch ein erheblicher Teil ihrer bisherigen parlamentarischen Gegner sich mit ihrem weiteren Verbleiben im Amt durchaus zu befreunden vermag. Und wenn gar von einer Regierungskrisis großen Stils gesprochen wurde, so denkt daran im Augenblick kein ernsthafter Politiker mehr, obwohl natürlich die Handhabung oder vielmehr die Nichthandhabung der wieder aufgehobenen Streikverordnung vom 1. Februar auf der rechten Seite des Reichstages etwas verstimmt hat. Dort möchte man vor allem auch etwas genauer wissen, wie sich die Regierung die Disziplinierung der schuldigen Beamten im einzelnen denkt. Wird es sich um einfache Verwarnungen handeln, um Suspendierung vom Dienst oder schärfere Strafen? Je nach der Haltung der Regierung zu diesen Fragen wird sie ihre Sympathien mehr auf der linken oder rechten Seite des Hauses finden. Soviel ist allerdings sicher, daß Herr Dr. Wirth eine große Mehrheit für seine Politik auch diesmal wieder erhält, sei es auch nur in der Form, daß ein kommunistischer Mißtrauensantrag von den andern Parteien abgelehnt wird. Die Fraktionen beraten inzwischen allein und gemeinsam hinter geschlossenen Türen und beschließen mit manchen scharfen Essenzen die Tränkelein, die dann in öffentlicher Sitzung sehr sauberlich aufgeführt werden ... Voto.

Die Grafen von Freydeck.

66] Roman von A. Ostland.

Als er, noch immer ein wenig erregt, sein Palais betrat, ging er rasch an dem Portier vorüber, lehrte jedoch dann, als ob er sich eines Besseren besänne, schnell um und fragte den Mann geradezu, was der Fremde von ihm gewollt habe, und wofür er ihm das Silberstück gegeben habe.

Der Mann wurde erst sehr verlegen und starrte eine Ausrede, aber schließlich fand er es doch geraten, die Wahrheit zu sagen, denn sein Herr drohte ihm mit sofortiger Entlassung.

Und da hörte der Baron denn etwas, das ihn merkwürdig berührte und ihm wie eine Verbindung erschien zwischen diesem Bela von Ulag und jenem Manne, der im Forsthaufe von Freydeck mit Hilda zusammengetroffen war.

Der Portier gestand nämlich, daß jener auch ihm gänzlich Unbekannte täglich ins Palais kam und heimlich bei ihm anfragte, wie es mit Fräulein Hilda stehe. Er habe ihm für die einfache Auskunft stets einen Gulden gegeben, und er — der Portier — habe nichts Schlechtes darin gesehen, dieses Geld auf eine so leichte und einfache Art zu verdienen. Freilich, wenn es dem Herrn Baron unangenehm sei, so wolle er in Zukunft keinerlei Auskünfte mehr erteilen.

Der Mann schielte heimlich zu seinem Herrn hin, und es entging ihm nicht, daß das alternde Gesicht noch um einen Schatten blässer wurde, als es sonst war, und daß ein unrühiger Glanz in den dunklen Augen aufblinzelte. Der Portier unterdrückte nur mühsam ein spöttisches Lächeln; denn der Dienerschaft war die Liebe ihres alternden Gebieters zu dem schönen, kranken Mädchen längst kein Geheimnis mehr.

„Und Sie haben wirklich keine Ahnung, wer der Mann ist?“ fragte Baron von Ullmungen noch einmal, während er sich schon zum Gehen wandte.

„Gar keine Ahnung, Herr Baron. Er kam spät abends am ersten Tage, als Fräulein Wenthelm hier war. Er schien ungemein aufgeregt zu sein, und als er hörte, daß die Kranke in Lebensgefahr schwebte, wurde er blaß bis in die schmalen Lippen hinein. Aber er ging gleich wieder fort und gebot mir strengstes Schweigen. Einen Namen hat er nie genannt.“

„Und er gab Ihnen auch nie einen Auftrag für — für Fräulein Wenthelm?“

„Nein, bestimmt nicht, Herr Baron. Einen Auftrag

wollte ich auch nicht ausgeführt. In dem einfachen Erteilen einer Auskunft sah ich hingegen nichts Arges. Wenn der Herr Baron es aber nicht wünscht —“

„Wir werden sehen — wir werden sehen!“

Baron von Ullmungen stand schon auf dem ersten Treppenabsatz. Nun wendete er sich noch einmal zurück. Wenn in ungefähri einer Stunde oder später Herr Doktor Gerlach kommt — wahrscheinlich in Begleitung seiner Tochter, so führen Sie die Herrschaften sofort in den kleinen, blauen Salon neben Fräulein Hildas Zimmer! Ich werde Sie dort erwarten.“

Der Portier verneigte sich zustimmend, und wieder lag um seinen Mund das spöttische Lächeln. Die Diener hatten genug Klößen darüber gemacht, daß der Baron sogar seine bequemen, altgewohnten Wohnräume aufgab und sich fast den ganzen Tag im Raume neben dem Krankenzimmer aufhielt.

Sogar seinen Schreibtisch hatte er hieher bringen lassen, und die wenigen Besuche, welche er annahm, empfing er hier.

Der Kammerdiener mußte dann stets die schweren, halbseidenen Portieren vor die Verbindungstür ziehen, damit kein Laut die meist schlummernde störe.

Der Baron hielt noch schnell ein kurzes Telefongespräch mit Hermann Gerlach. Er bat ihn, so rasch als möglich, wenn es ausführbar in Begleitung seiner Tochter, nach dem Palais zu kommen.

„Beschalt, Herr Baron? Ist etwas geschehen?“ fragte Gerlachs Stimme zurück.

Aber der Baron wollte seine Entdeckung, auf welche er unendlich stolz war, nicht verraten, bis er dem Kriminalbeamten Auge gegenüberstand. Er wollte sein Gesicht, jede seiner Mienen beurteilen. So bat er nur nochmals kurz um Gerlachs Besuch und läutete ab.

Als er vom Telephon zurücktrat, klopfte sein Herz laut, fast schmerzhaft. Zum war es, als stünde er vor einer Entscheidung, vor einer Wendung der ganzen Sachlage.

Und wieder drängte sich Ullmungen mit Gewalt die Heberzeugung auf, daß Hilda für ihn mehr war, als alles andere auf der Welt, von der er sich kaum mehr viel erhofft hatte. Es trieb ihn unwillkürlich zu ihr. Weis klopfte er an die Tür ihres Schlafzimmers.

Die Pflegerin, eine sanftblickende, ältere Frau, öffnete.

„Herr Baron,“ lächelte sie, „es geht besser — weit besser! Vor einer Stunde war der Arzt wieder da. Er hat angeordnet, daß Fräulein Hilda ein wenig aufsteht. Eben habe ich sie angekleidet.“

Baron von Ullmungen winkte der Frau, sich einstellweilen zurückzuziehen, und als sie in einem der Nebenräume verschwunden war, klopfte er erst die Tür vollständig auf und betrat geräuschlos das Zimmer.

In dem schön ausgestatteten Raume herrschte ein mattes Zwielicht, man unterschied beim Scheine der rosafarbenen Kumpel kaum die nächste Umgebung.

In die Mitte des Raumes hatte man ein breites Ruhebett geschoben, über dem ein weißes Eisbärenfell hing. Auf diesem lag langausgestreckt die zarte Gestalt des jungen Mädchens.

Der liebliche Kopf war zur Seite gesunken, die langen Wimpern lagen wie Schatten auf den blassen, schmalen Wangen. In ungebändigter Fülle hing das rotgoldene Haar bis zur Erde nieder. Es war ein Bild voll Anmut, voll süßen Friedens.

Aber der alternde Mann, dessen Bläse mit verzehrendem Feuer an dieser jugendlichen Gestalt hing, spürte nichts von diesem Frieden. Er fühlte nur die große Leidenschaft, welche ihn noch einmal erfaßt hatte.

„Hilda!“

Er neigte sich über sie, und sein Mund preßte sich eine einzige, kurze Sekunde lang auf den ihrigen.

Das Mädchen atmete rascher und begann sich zu regen. Ein tiefer Seufzer hob ihre Brust.

„Georg!“

Wie ein Hauch flog der Name durch das stille Zimmer, aber eine Fülle jugendlicher Liebe durchzitterte das eine kurze Wort.

Der Baron war zurückgefahren, sein Gesicht wurde ganz blaß. Er hatte bisher die „Kindertorheit“ unterschätzt, das merkte er jetzt. Diese Liebelei sah doch tiefer, als er gedacht!

Er hatte nicht darauf geachtet, daß, als er sich über Hilda neigte, ein kleiner Gegenstand aus der oberen Tasche seines Rockes glitt und auf das Bärenfell fiel. Georgs Ring lag knapp neben der schmalen Hand Hilda Wenthelms.

Und wieder rührte sich das Mädchen, und die Lider bewegten sich.

„Hilda,“ sagte der alternde Mann dicht an ihrem Ohr, „erlaube nicht! Ich bin bei dir! Du stehst unter meinem Schutze, und nichts, nichts soll dir geschehen, Liebling!“

Sie schlug den Blick voll zu ihm auf. Im nächsten Augenblick rietete sie sich hastig empor.

„Baron Ullmungen!“

Sie streckte ihm beide Hände entgegen.

(Fortsetzung folgt.)